

# Mittelsächsische LinksWorte

21. Juni 2017

Nr. 118

11. Jahrgang



Ein wahres Glanzlicht des Landkreises Mittelsachsen: Die Silbermann-Orgel im Dom St. Marien am Freiburger Untermarkt. Seit Jahrhunderten kaum verändert und original erhalten, gilt sie heute als berühmteste Barockorgel der Welt. Im Jahr 1714 vollendete Gottfried Silbermann hier sein erstes großes Orgelwerk.

Bereits um 1180 entstand in dem noch jungen, durch Silberfunde sich schnell entwickelnden Ort Freiberg die romanische Basilika Unserer Lieben Frauen. Als die Kirche 1484 während eines großen Stadtbrandes fast vollständig zerstört wurde, blieben die einzigartige Goldene Pforte, die Triumphkreuzgruppe und Teile des Chores erhalten. An gleicher Stelle wurde der Dom St. Marien als dreischiffige spätgotische Hallenkirche errichtet.

## Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

**1.** informiert:

**DIE LINKE NACH DEM PARTEITAG MIT NEUEM BUNDESTAGSWAHLPROGRAMM**

**2.** bewertet:

**DIE SITZUNG DES KREISTAGES VOM 14. JUNI UND IHRE ERGEBNISSE**

**3.** berichtet:

**AKTIVITÄTEN DER MITTELSÄCHSISCHEN LANDTAGSABGEORDNETEN**

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & kurz berichtet
4/5	titelthema 1: berichte vom bundesparteitag und wahlvorbereitung
6/7	titelthema 2: bericht vom kreistag
8	titelthema 3: aktivitäten der landtagsabgeordneten
9	jugend & chronik vor zehn jahren
10	serie zur politischen bildung: beitrag -23- thema: zukunft der arbeit
11	vorstand aktuell & glückwünsche & jahrestage
12	termine & querbeet

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

das erste Halbjahr 2017 neigt sich seinem Ende zu. Mit dem Bundesparteitag der LINKEN in Hannover hat unsere Partei als erste ihr Programm für die Bundestagswahlen am 24. September beraten und verabschiedet. Übrigens bei beachtlicher Medienpräsenz und mehrheitlich auf inhaltliche Fragestellungen gerichteten –natürlich auch bissigen– Kommentaren der bürgerlichen Presse. Ganz wichtig, dass es in den Reden von Katja Kipping, Sarah Wagenknecht, Bernd Riexinger, Dietmar Bartsch und Gregor Gysi viel Übereinstimmung zu den drängenden Fragen zur Politik unserer Partei gab. Delegierte unseres Kreisverbandes zum Bundesparteitag melden sich in dieser Ausgabe zu Wort. In dieser Woche – dem Redaktionsschluss unseres Juni-Heftes – findet eine Aktionswoche der LINKEN statt, in welcher auch in Mittelsachsen Tausende von Faltblättern mit den Kernforderungen des Bundestagswahlprogramms verteilt werden. Viele weitere Veranstaltungen finden noch im Juni statt, bevor mit den Schulferien vom 26. Juni bis 4. August ein allerdings nur kleines Stoppzeichen gesetzt wird. Der ganz scharfe Start in den Wahlkampf im Kreisverband Mittelsachsen wird in einer Beratung mit den Ortsvorsitzenden am 1. August vollzogen. Wir berichten auf unseren „Wahlseiten“ -4- und -5- ausführlich über den Stand der Vorbereitung auf die Bundestagswahlen und die Aktivitäten unserer Direktkandidaten.

Der mittelsächsische Kreistag kam diesmal genau am Tag des Redaktionsschlusses zu seinen Beratungen zusammen. Durch das Engagement unseres Redaktionsmitglieds Sabine Lauterbach konnten wir den aktuellen Bericht noch in dieser Ausgabe unterbringen. Die vergangenen und bevorstehenden Wochen waren und sind von vielfältigen Aktivitäten unserer beiden Landtagsabgeordneten geprägt. Wir informieren darüber. Als prominente Gäste konnten bzw. können wir in diesen Tagen u.a. die Mitglieder des Bundestages Sabine Zimmermann und André Hahn begrüßen. Auch die Jugend unseres Kreises meldet sich nach einer kleinen Pause wieder zu Wort. Genau vor zehn Jahren, am 16. Juni 2007, wurde die Partei DIE LINKE. aus der Taufe gehoben. Wir informieren in unserer kleinen Chronik darüber, was die damals noch Freiburger LinksWorte darüber zu berichten hatten. Anfang Juli feiern wir in Königshain-Wiederau den 160. Geburtstag von Clara Zetkin. Im bereits 23. Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung schreibt Achim Grunke die Frage des Verschwindens der Arbeit in den Raum, befeuert vor allem durch die so genannte „vierte industrielle Revolution“. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

„diesem argument kann ich nicht widerspruchslos folgen.“

Zum Standpunkt von **ROBERT SOBOLEWSKI** unter der Überschrift „was kann Ernst Thälmann uns heute noch vermitteln“, veröffentlicht an dieser Stelle in unserer Mai-Ausgabe, erreichte uns der folgende Standpunkt unseres Lesers **PETER PÖSCHMANN** aus Döbeln.

Die Meinung von Robert, dass die stalinistische Theorie des „Sozialfaschismus“ der Grund für die Spaltung der Arbeiterklasse sei und damit eine Ursache der Machtergreifung Hitlers war, kann ich nicht widerspruchslos folgen. Es war Sinowjew, der den Begriff 1924 zum erstenmal gebraucht hat und er war bis 1934 in der kommunistischen Weltbewegung üblich. Nämlich, in diesem Jahr wurden Sinowjew und Kamenjew Opfer der stalinischen Säuberung. Den eigentlichen Grund lieferte die SPD-Führung unter Ebert, Scheidemann und dem „Bluthund“ Noske. In deren Verantwortung bildeten sich im Baltikum die faschistischen Freikorps, die Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Walther Rathenau u. a. ermordeten. Diese faschistischen Banden waren auch maßgeblich an der Niederschlagung der Novemberrevolution beteiligt und schließlich der harte Kern der Faschisten, aus dem sich später die SS entwickeln sollte. Die SPD war und ist heute noch der „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“. SPD-geführte Regierungen und SPD-Koalitionen haben seit 1945 nichts an den Machtverhältnissen geändert, im Gegenteil.

Zu begrüßen ist Roberts Standpunkt zum Klassenkampf. Aber wissen wir, für welche Klasse wir kämpfen? Wer ist das? Das Proletariat in seiner klassischen Form gibt es nicht mehr, wohl aber das Prekariat, das sind über 20 Millionen Menschen in Deutschland. Wissen diese Menschen, dass es uns gibt? Wissen sie, was wir wollen; Wenn ja, warum wählen sie uns nicht? Bei den LINKEN wird meiner Meinung nach zu wenig über solche grundsätzliche Fragen gesprochen. Das wiederum ist die Ursache für unsere verschwommenen Konturen und damit die fehlende Bindung zu den Massen. Darüber muss man nachdenken.

NACHDENKEN (S) - WERT(ES)

WER LÜGT, HAT DIE WAHRHEIT IMMERHIN GEDACHT.

OLIVER HASSENCAMP

WAHRHEITEN, DIE NIEMANDEN VERÄRGERN, SIND MEIST NUR HALBE.

JUPP MÜLLER

DIE KONSERVATIVEN SIND DIE PAUSENZEICHEN DER GESCHICHTE.

NORMAN MAILER

auf seite - drei - immer konsequent links - unser monatlicher aktueller meinungsbeitrag

Na – was war denn das? Ein Bundeswahlkampf-Parteitag DerLinken zur Veränderung der Machtverhältnisse in diesem Land? Die Äußerungen der Führungsriege einer Wahrscheinlich-unter-zehn-Prozent-Partei legten ein klares, einmütiges JEIN-Bekenntnis zu den möglichen Partnern offen. Und dann „schärfte man das eigene Profil“, indem man „die anderen Parteien vor sich her-treiben“ will. Wohl gemerkt nicht so sehr die gegen-rischen wie AfD, CDU/CSU und FDP, sondern eher SPD und die Grünen. Leute, geht es denn noch! Man gewinnt doch keine Partner, indem man sie runtermacht. Aber vielleicht gibt es keine Partner? Wozu dann das Politik-Wechsel-Gefasel? Irgendwie lief der Parteitag gut – für Frau Merkel. R2G war keine Alternative; so wird sie es ganz bestimmt auch nicht werden. Die gewesenen Landtagswahlen ließen für die Ein-Drittel-Volkspartei CDU einen neuen, alten, vielleicht auch politisch stärkeren Partner wiedererstehen. Die Liberalen mit ihrem „Leistung muss sich wieder lohnen!“ werden beim Wähler Gehör finden. Schließlich müssen in der Gesellschaft Menschen einen Ansporn haben, mit Intelligenz und Durchsetzungsvermögen Werte zu erarbeiten. Übrigens klingt das sehr nach dem sozialistischen „Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung“, wie das in unserem vergangenen Lehrbüchern zur Politischen Ökonomie steht. Politikwechsel – den gibt es, wenn die Hälfte aller Wahlberechtigten und einer dazu links wählen. Unmöglich? Warum? Die Beiden, Karl und Friedrich, begründeten die Wissenschaft von der Gesellschaft, wohl gemerkt der ganzen und nicht nur der Mitte oder der Prekären. Wissenschaftlichkeit bedeutet letztendlich die Unterscheidung zwischen RICHTIG und FALSCH. Es hieße, den Glauben an die Menschheit zu verlieren, wenn man es nicht für möglich hielte, eine Mehrheit für das RICHTIGE zu gewinnen. In einer Zeit, in der die Habgier der Wenigen unsere bisherige Welt zum Einsturz bringen kann und diese Entwicklung auch offen zu Tage tritt, ist das möglich.

Das ist der Ansatz für mein Herzenthema. Die Marxsche und Engellsche Wissenschaft von der Gesellschaft muss ein Zuhause haben. Ein Zuhause bei einer Partei des Fortschritts. DieLinke ist es nach zehn Jahren Existenz nicht; man kann nur hoffen, noch nicht. (Warum nur drängt sich an dieser Stelle der Gedanke an die gescheiterte Wiederbelebung der „Alternativen Runde“ auf?) Es droht verloren zu gehen, was schon einmal da war, so unvollkommen, wie es auch gewesen sein mag. Es ist eine neue Parteigeneration herangewachsen, die noch nie etwas vom „Dialektischen und historischen Materialismus“ und der „Politischen Ökonomie“ gehört hat, und das merkt man deutlich. Damit wären wir wieder bei den Parteitag, die ständig Programme und Leitanträge produzieren. Leider ohne Unterfütterung. (mm)

direktkandidat der linken auf kochtour



Für den Direktkandidaten der LINKEN im Bundestagswahlkreis Mittelsachsen, **FALK NEUBERT**, ist die Kochtour ein Heimspiel. Ist der studierte Kommunikationswissenschaftler und Soziologe doch gelernter Koch. Auf unserem Bild ist er mit dem Leisniger Ortsvorsitzenden **DIETER KUNADT** und dem Chef des kreislichen Wahlstabs **LARS KLEBA** (von links) am 31. Mai auf dem Weg zum Kochstand auf dem Marktplatz von Leisnig. Zweite Etappe der Kochtour war am 14. Juni der Untermarkt von Döbeln (siehe Seite -12-). Am 24. August werden Brand-Erbisdorf und Frankenberg „bekocht“, am 30. August macht die Kochtour Station im Wahlkreis von **JÖRN WUNDERLICH**.

kindertag 2017 bei den „wirbelwinden“ im gebirge

von KERSTIN UFER

In diesem Jahr gratulierte die Freiburger Landtagsabgeordnete Dr. Jana Pinka den Mädchen und Jungen der Kita „Wirbelwind“ in Cämmerswalde stellvertretend für alle Kinder zum internationalen Kindertag. Auf den Besuch hatten sich die Mädchen und Jungen der Integrationseinrichtung der Volkssolidarität, die auch als erste Einrichtung unseres Landkreises den Titel „Haus der kleinen Forscher“ tragen durfte, gemeinsam mit ihren Erzieherinnen bereits im Vorfeld während einer Projektwoche eingestimmt. „Alles kommt vom Bergwerk her“ war das Motto der erlebnisreichen Tage. Passend zum Thema hatte Jana Pinka vom Helm, über das Arschleder und den Geologenhammer bis hin zu Mineralen sowie Schmuck und Gebrauchsgegenständen aus Zinn, eine Menge typisch bergmännisches Anschauungsmaterial im Gepäck. Sie erklärte den Kindern die Minerale sowie deren Erkennungsmerkmale

und sprach mit ihnen über den traditionellen Bergbau in der Freiburger Region. Zum Abschluss schenkte ich der Kita eine Tafel, auf der der Freiburger Bergbau sowie die einheimischen Minerale erklärt werden. Jedes Kind durfte außerdem einen kleinen Amethyst, einen Bergkristall sowie einen Pyrit mit nach Hause nehmen. Wichtig war der Landtagsabgeordneten aber auch, das Gespräch mit den Erzieherinnen der integrativen Einrichtung. Sie freuen sich, dass ihr Haus in naher Zukunft umfassend saniert wird. Ein bisschen traurig sind sie darüber, dass ihre Einrichtung leider nur selten Anerkennung und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erfährt. Umso mehr freuten sie sich über den Besuch des Redakteurs der Freien Presse. Denn auch im kleinen, weit von der großen Stadt Freiberg entfernten Cämmerswalde leisten die Erzieherinnen täglich einen unverzichtbaren Beitrag für die außerfamiliäre Bildung und Erziehung der Kindergarten- und Hortkinder, um die hohen Anforderungen des Bildungsplans optimal umsetzen zu können.



Die Kinder bestaunten die Struktur der Minerale durch das Mikroskop und die Lupe. Foto: Jade

mit dem rückenwind des bundesparteitags in hannover

die linke im bund, im land und in mittelsachsen formiert sich



Zweimal mittelsächsische Akteure auf dem Bundesparteitag in Hannover. Links das Bundesvorstandsmitglied und stellvertretende Kreisvorsitzende MARIKA TÄNDLER-WALENTA in der Generaldebatte, rechts der Kreisvorsitzende FALK NEUBERT als Sprecher der Antragskommission

Der Bundesparteitag vom 9. bis 11. Juni in Hannover beriet und beschloss das Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen am 24. September. Die ursprüngliche Überschrift des Wahlprogramms wurde ergänzt durch das Wort „Frieden“ zu: „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.“ Im Verlauf dieser Woche (12. bis 18. Juni) werden die Antragskommission und die Redaktionsgruppe die beschlossenen Änderungen einarbeiten und das Programm redaktionell fertigstellen.

Aus unserem Kreisverband nahmen sechs Delegierte am Bundesparteitag teil: UTE REHNERT (FREIBERG), ANGELIKA SCHUBERT (BRAND-ERBISDORF), MARIKA TÄNDLER-WALENTA (ROSSWEIN), KAY HANISCH (DÖBELN), HANS-JÜRGEN KÜHN (FLÖHA), FALK NEUBERT (MITTWEIDA). Außerdem war Sabine Pester, delegiert vom Stadtverband Chemnitz, dabei. Eine besondere Verantwortung für einen erfolgreichen Parteitag kam auf Falk Neubert als Sprecher der Antragskommission und auf Marika Tändler-Walenta als Mitglied des Bundesvorstands zu, denn der Parteitag hatte sich mit einer Flut von Anträgen zu beschäftigen.

Auf unseren heutigen zwei „Wahlkampfseiten“ kommen Delegierte zu Wort. Außerdem informieren wir über stattgefundene Veranstaltungen, die bereits dem Wahlkampf zuzurechnen sind und präzisieren den Fahrplan im Kreisverband der mittelsächsischen LINKEN für den Zeitraum bis zum 1. August. Erwähnen möchten wir an dieser Stelle aber bereits den 1. September, wo es kreisweite Aktionen zum Weltfriedenstag, darunter eine Protestaktion gegen den Auslandseinsatz der Bundeswehr in Frankenber

von SABINE PESTER, Chemnitz

Sabine ist ganz aktive Stadträtin der LINKEN in Chemnitz und arbeitet für den Landtagsabgeordneten Falk Neubert u.a. im Bürgerbüro Mittweida. Kürzlich hat sich nach dem „Babyurlaub“ ihre Arbeit wieder aufgenommen.

Das Programm des Bundesparteitages war voll gepackt. Schließlich ging es um unser Bundestagswahlprogramm. Mehr als 580 Genossinnen und Genossen waren dafür nach Hannover gereist, um vom 9.-11. Juni zu beraten. Mehr als 1300 Änderungsanträge waren im Vorfeld eingegangen, von denen über 400 dem Parteitag zur Behandlung übermittelt worden waren.

Zunächst aber wurde ein Geschäftsordnungsantrag unseres Landesverbandes abgestimmt, der eine Redezeitbegrenzung auch von „Prominenten“ unserer Partei forderte. Dieser fand eine große Zustimmung und die Partei- und Fraktionsvorsitzenden hielten sich auch sofort daran, als sie zu den Themen Rentenkonzept, deutlicher Besserstellung der Mittelschicht, sanktionsfreie Mindestsicherung, Vermögenssteuer oder Europa redeten. Vor allem aber machten Katja, Bernd und Dietmar in ihren Reden deutlich, dass sich die Frage Regierung oder Opposition zu diesem Zeitpunkt nicht stellt. Dietmar Bartsch brachte es auf den Punkt, indem er sagte: „Regierungskurs oder Oppositionskurs? Erfolgskurs ist unser Weg“, während Katja

Kipping bekräftigte „Die Hoffnung ist links, sie liegt bei uns“.

Gregor Gysi sprach sich als Präsident der Europäischen Linken für einen Politikwechsel auch auf europäischer Ebene aus: „Die Jugend ist heute europäischer als meine Generation, schon für sie müssen wir Europa retten.“ Umso enttäuschender ist es, dass der Änderungsantrag unseres Landesverbandes Sachsen, ein Extrakapitel „Für die Republik Europa“ einzufügen, knapp gescheitert ist. Somit geht DIE LINKE ohne eine klare Vision für Europa und die EU in den Wahlkampf.

Das Wahlprogramm wurde am Schluss mit großer Mehrheit angenommen. Nun gilt es für uns, dies an die Wählerinnen und Wähler zu bringen. Oder wie es Saha Wagenknecht sagte: „Lasst uns heute hier rausgehen und für ein gutes Wahlergebnis kämpfen. Mit Leidenschaft und Engagement!“

von MARIKA TÄNDLER-WALENTA, Roßwein

Marika ist stellvertretende Kreisvorsitzende, Mitglied im Bundesvorstand und seit kurzem parlamentarisch-wissenschaftliche Referentin des Bundestagsabgeordneten Dr. Gregor Gysi.

Die 2. Tagung des 5. Parteitag in Hannover vom 09.-11.06.2017 befasste sich vor allem mit der Bearbeitung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl und der abschließenden Beschlussfassung. Vorab wurden über 1.200 Änderungsanträge eingereicht und

im Parteivorstand bearbeitet. Zu Beginn des Parteitages lagen allerdings immer noch ca. 360 Änderungsanträge vor, welche nicht durch den Parteivorstand übernommen wurden. Letztendlich haben wir alle Änderungsanträge abgearbeitet und unser Wahlprogramm beschlossen. Ich denke, wir haben unser Kernthema der sozialen Gerechtigkeit und eine damit verbundene sichere und planbare Lebensperspektive für Menschen mit folgenden Forderungen unterlegt: der Beendigung von Dauerbefristungen und Leiharbeit, der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12€, statt Hartz IV eine sanktionsfreie Mindestsicherung und einer Mindestrente über 1.050 € sowie die Vermögenssteuer. Unsere weiteres Kernthema der Friedenspartei fand schließlich durch die Titelübernahme und den einzelnen Forderungen, die Waffenexporte zu stoppen und die Einsätze der Bundeswehr zu beenden, Ausdruck im Wahlprogramm.

Aber liebe Genoss\*Innen, es reicht nicht aus, ein gutes Wahlprogramm vorzulegen, sondern vor allem ist unser öffentliches Auftreten in den kommenden Monaten, die Wahlkampagne und die Solidarität untereinander von zentraler Wichtigkeit für eine erfolgreiche Bundestagswahl.

Dementsprechend stimmten uns unsere Spitzenkandidaten Sarah Wagenknecht und Dietmar Bartsch auf dem Parteitag und den nun folgenden Wahlkampf ein. Von SPD und Grünen haben wir uns bewusst abgegrenzt, wobei wir selbstverständlich „keinen Lagerwahlkampf machen“ wie es Dietmar Bartsch

formulierte. Erklärtes Ziel sind mindestens 10% + X, denn „es geht darum, so stark zu werden, dass wir die anderen vor uns hertreiben können“ wie Sarah Wagenknecht sagt.

Gregor Gysi hielt als Präsident der Europäischen Linkspartei eine bemerkenswert kurze Rede, in welcher er klug und schwungvoll für die Idee eines gemeinsamen Europa und für eine radikale Kritik an der aktuellen Europäischen Union warb. Die Rede erscheint ‚untypisch‘ und sorgte für etwas Verwunderung unter einigen Genoss\*Innen. Denen sei gesagt, dass Gregor Gysi an dieser Stelle eben nicht Spitzenkandidat ist und uns auf den Wahlkampf einstimmen soll, sondern er sprach als Vorsitzender der EL, die im Kontext der Bundestagswahl vor anderen Herausforderungen steht.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei unseren fleißigen Genoss\*Innen, die das gesamte Wochenende der Partei gegeben haben und dabei so lange durchgehalten haben.

von HANS-JÜRGEN KÜHN

Hans-Jürgen Kühn ist Vorsitzender des Ortsverbandes Flöha.

Einer der letzten Beschlüsse des Bundesparteitages war das Ringen um die Überschrift unseres Wahlprogrammes. Letztendlich einigten sich die Delegierten und der Parteivorstand auf: „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle“. Damit fand auch das Thema „Frieden“ seinen Platz an erster Stelle des Wahlprogrammes. Auf unserer Gesamtmitgliederversammlung in Brand-Erbisdorf war dies eine der zentralen Forderungen. Ausführlich wurde auch darüber diskutiert das Kapitel XIV. „Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt“ als Kapitel 1. einzufügen. Dazu gab es eine Vielzahl von Anträgen. Letztendlich entschieden die Delegierten sich dafür, dass es nicht darauf ankommt an welcher Stelle des Wahlprogrammes ein Thema steht, sondern wie wir es umsetzen und leben. Trotzdem bleibt dieses Thema Alleinstellungsmerkmal der Partei DIE LINKE. In diesem Zusammenhang wurde auch viel diskutiert über Begriffe wie: „Auslandseinsätze“ oder „Kampfeinsätze“. Am Ende aber verbleibt unabhängig des Streitens um Begriffe die Tatsache, das wir uns einsetzen: „ Konflikte friedlich

zu lösen, Auslandseinsätze zu beenden, Rüstungsexporte zu verbieten, Fluchtursachen zu bekämpfen und für Soziale Gerechtigkeit weltweit zu kämpfen. Sicher wird nicht jeder mit jedem Teil diese guten Wahlprogramme zufrieden sein. Weder Delegierte noch Antragsteller. Alle sollten sich aber selbst befragen, ob es tatsächlich über 1000 Änderungsanträge bedarf oder aber weniger Anträge und diese ausführlicher zu diskutieren. Da ist nicht allein der Parteivorstand, sondern genauso die Gliederungen, welche eine Unzahl von Anträgen stellen, sowie die Disziplin der Delegierten gefragt.

kurz vor redaktionsschluss  
DIE LINKE zieht gegen den Landkreis vor Gericht

Am Dienstag, dem 13. Juni, informierten der Kreisvorsitzende der LINKEN und Landtagsabgeordnete, FALK NEUBERT sowie ANDRÉ SCHOLLBACH, Anwalt der LINKEN im Landtag, in Freiberg die Presse darüber, dass am gleichen Tag ein Schriftsatz mit der Unterschrift von 14 Kreisräten der LINKEN an das Gericht gegangen ist. Es handelt sich dabei um eine Normenkontrollklage beim Sächsischen Obergericht in Bautzen. André Schollbach ist selbst Landtagsabgeordneter der LINKEN und Stadtrat in Dresden. Im Kern der Klage geht es um den sogenannten „Maulkorberlass“ für die mittelsächsischen Kreisräte. Durch die vom Kreistag im Herbst des vergangenen Jahres mit Mehrheit beschlossene und vom sächsischen Innenministerium nicht beanstandete Geschäftsordnung ist es den Kreisräten nämlich nicht mehr gestattet, vor Beratungen in den Ausschüssen und Kreistagssitzungen über Anträge und Vorlagen mit der Öffentlichkeit ins Gespräch zu kommen. Auch dann nicht, wenn es um öffentliche Beratungsgegenstände geht. Falk Neubert erklärt auf seiner Internetseite dazu: „Wir wollen diese demokratiebeschränkende Regelung wieder aus der Geschäftsordnung verbannen. Es macht mich noch immer fassungslos, dass man als Demokrat – und im Falle von Landrat Damm (CDU) auch als Jurist – auf die Idee kommen kann, solche Regelungen durchzusetzen. Der Landrat versucht offenbar, Diskussionen vor der Beschlussfassung zu verhindern, die ihm lästig, für die Demokratie allerdings unverzichtbar sind.“

aktuelle zeitleiste von wahlkampfterminen

- 09. bis 11. 06.: Bundesparteitag mit Beratung und Beschluss des Wahlprogramms zu den Bundestagswahlen am 24. September.
- 12. bis 16. 06.: Aktionswoche der LINKEN mit der Verteilung von Faltblättern mit den Kernforderungen des auf dem Bundesparteitag beschlossenen Bundestagswahlprogramms.
- 14. 06.: Kochtour mit Falk Neubert, Direktkandidaten im Wahlkreis 161 (Mittelsachsen) in Döbeln, Untermarkt.
- 24. 06. Wahlkampfschulung für die Kreisverbände Mittel-, Nord- und Westsachsen in Oschatz
- 05.07.: Festakt zum 160. Geburtstag von Clara Zetkin in ihrem Geburtsort Wiederau mit Redebeitrag des Direktkandidaten der LINKEN im Bundestagswahlkreis 163, JÖRN WUNDERLICH.
- 05.07.: Veranstaltung mit MdB ANDRÉ HAHN zum Thema „Geheimdienste außer Kontrolle“ in Freiberg.
- 21.07.: Presseauftakt zur Wahlkampagne der LINKEN in Berlin.
- 01.08.: Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Sachsen, RICO GEBHARDT, kommt nach Frankenber
- 01.08.: Treffen mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden zur Führung der Wahlkampagne der LINKEN in Siebenlehn. Dort werden alle Details der Kampagne, wie Aufstellung der Großflächen, Lieferung und Verteilung der Plakate, der Wahlzeitung und weiterer Drucksachen, Pressewerbung und der Veranstaltungsplan bis zum Wahltag besprochen.



Der Wahlkampf hat begonnen

Der 24. September scheint noch weit weg zu sein. Er ist es aber nicht, denn der Wahlkampf hat schon begonnen. Nein, Plakate hängen noch nicht und auch Infostände wurden noch nicht gesichtet. Aber die Zeit der Podiumsdiskussionen von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen ist bereits jetzt gestartet. So war unser Bundestagsdirektkandidat Falk Neubert am 8. Mai bei einer Diskussionsrunde im Geschwister-Scholl-Gymnasium in Freiberg zu Gast. Hier stellten die Schüler\*innen Fragen aus den unterschiedlichsten Bereichen, wie zum Beispiel zum Thema Innere Sicherheit oder der Bildungspolitik. Bei letzterem wurde vor allem die Frage der Vergleichbarkeit des Abiturs strittig diskutiert. Diese Veranstaltung im Rahmen der Bundestagswahl war nicht die letzte. Auch Einladungen der DEHOA (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband), des Kreisschülerrats und des DGB liegen uns schon vor, welche wir als LINKE gerne annehmen. Denn gerade bei solchen Veranstaltungen können wir gut unsere politischen Ziele und Forderungen vorstellen. Das sollten wir nicht ungenutzt lassen.

Auf unserem Bild spricht Falk Neubert auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der Ortsverbände Brand-Erbisdorf, Flöha und Freiberg. (sp)

**T**opaktuell berichten wir heute vom letzten Kreistag. Vor der Sommerpause standen noch einige wichtige Entscheidungen an. Zu Beginn war die Bürgerfragestunde, welche zwei mal jährlich statt findet. Erschreckend, dass es keinerlei Anfragen unserer Bürger an den Landrat gab. Über die Hintergründe kann man hier freilich spekulieren. Denn im täglichen Leben erfahre ich doch immer wieder Kritik.

**Unter Informationen des Landrates gab es einige für unsere Bürger relevante Dinge zu vermeiden:**

Zum **Thema Asyl** wird zu jeden Kreistag informiert. Im Zeitraum 01.01. bis 31.05.2017 wurden unserem Landkreis 235 Flüchtlinge zugewiesen. Im gleichen Zeitraum waren 447 Abgänge zu verzeichnen. Da mittlerweile viele Flüchtlinge durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) registriert sind, gibt es auch immer mehr Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis. Diese gehen in den Zuständigkeitsbereich des Jobcenters über. Von den insgesamt 14.000 Menschen im Landkreis, die vom Jobcenter betreut werden, haben 688 Menschen einen Migrationshintergrund.

Auch gibt es immer wieder Fragen zu den durch die Gesellschaft für Strukturentwicklung und Qualifizierung (GSQ) für die Flüchtlinge angemieteten Wohnungen. Aktuell hat die GSQ 591 Wohnungen im Bestand. Davon sind nur 33 frei. Ein gewisser Prozentsatz ist sicherlich auch einem doch sehr raschen Mieterwechsel geschuldet. Insgesamt ist die Landkreisverwaltung aber mit der Belegung bzw. Auslastung zufrieden. Von den 2082 Flüchtlingen im Landkreis sind 15 ohne Papiere, 1.155 haben den Status „Gestattung“ was bedeutet, ihr Antrag ist beim BAMF in Arbeit. Eine Aufenthaltserlaubnis haben 324 Personen. Die restlichen 588 Personen werden „geduldet“. Das bedeutet in den meisten Fällen, das diese Menschen keine Papiere haben.

**Fortführung des Öffentlichen Dienstleistungsauftrages (ÖDLA) zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Nahverkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Mittelsachsen**

Im Landkreis Mittelsachsen wurde der ÖDLA an die Landkreiseigene Gesellschaft REGIOBUS Mittelsachsen übergeben. Da alle großen Aufträge immer EU-weit ausgeschrieben werden müssen, war die Direktvergabe im Jahr 2010 für die Dauer von zehn Jahren ein wichtiger Schritt zur Daseinsvorsorge. Somit haben wir uneingeschränkte Kontrolle und Aufsicht über den Personennahverkehr im Landkreis. Damit das auch weiterhin so bleibt, wurde die Fortführung des ÖDLA über das Jahr 2020 hinaus beschlossen. Alle Einzelheiten müssen zu einem späteren Zeitpunkt abgearbeitet werden. Unsere Fraktion hat mit **GOTTFRIED JUBELT** einen sehr kompetenten Vertreter im REGIOBUS-Aufsichtsrat. Die Bürger unseres Landkreises können sich darauf verlassen, dass soziale Einwände bei anstehenden Entscheidungen immer erfolgen.

Interessant ist an der Vorlage, das hier mit falschen Begriffen gearbeitet wird. So wird die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH als Eigenbetrieb bezeichnet. Das ist falsch. Auch in anderen Vorlage kommen seit einiger Zeit immer öfter falsche oder unkorrekte Begriffe vor. Was hier auffällt, seit wir einen Juristen als Landrat haben gibt es immer öfter diese unsauberen Formulierungen.

**Gutachterkosten und entsprechende Satzung**

Die vorhandenen Kostensatzung wurde im Jahr 2012 durch den Kreistag beschlossen. Im vergangenen Jahr haben sich die Vertreter der Gutachterausschüsse über eine neue Kostenkalkulation geeinigt. Diese wurde uns nun vorgelegt. Das Ergebnis ist eine extreme Kostensteigerung. Als Beispiel soll der Verkauf einer Immobilie im Wert zwischen 100 bis 250 TEUR dienen, also ein ganz normales Eigenheim. Hier steigen die Kosten von 600 EUR auf 1.100 EUR zuzüglich 3% des Verkehrswertes. Die Kosten für Amtshandlungen steigen zwischen 20% und 25%. Unsere Fraktion hält diese selbstgemachte Kostenkalkulation für viel zu teuer. Das sich innerhalb von fünf Jahren die Kosten verändern, ist klar.

Aber in einem so großen Maß ist zu viel. Abschreckend und kontraproduktiv können sich die vorgesehenen Gebührenerhöhungen für eigentlich im Landkreis zu fördernde Zielgruppen auswirken:

- Rückholung von in andere Bundesländer abgewanderten Fachkräften (Nestbauzentrale), die hier wieder Arbeit finden und sich Wohneigentum schaffen wollen;
  - Unterstützung von Existenzgründern;
  - Ausgründungen aus den vorhandenen Technologieparks;
  - Begleitung von Absolventen der Hochschulen in die Selbstständigkeit.
- Interessierte sollten nicht mit teilweise horrenden Gebührenerhöhungen abgeschreckt werden, denn nicht alle, die ein solches Risiko eingehen wollen und dafür Grundstücke benötigen, sind wohlhabend bzw. kreditwürdig.

In der Diskussion hat unser Fraktionsvorsitzender darauf hingewiesen, dass die Kostensteigerung doch sehr ungerecht erfolgt. So steigen die Kosten für Immobilien für den „Normalverbraucher“ enorm, während bei hochwertigen Immobilien nur eine geringe Steigerung vorhanden ist. Der Landrat konterte auf unsere Einwände, dass er kostendeckende Gebühren möchte. Auf die Frage warum diese Unterschiede gemacht werden, bekamen wir keine Antwort.

Die neue Gutachterkostengebührensatzung wurde mit 22 Gegenstimmen



**Die beiden romanischen Glanzlichter des Freiberger Doms St. Marien neben der barocken Silbermann-Orgel (siehe unser Titelbild): Die Goldene Pforte (um 1230) und die Triumphkreuzgruppe (um 1225)**

beschlossen. Unsere Fraktion war geschlossen dagegen.

**Änderungen des Maßnahmeplanes für das sächsische Investitionskraftstärkungsgesetz „Brücken in die Zukunft“**

Der Kreistag hat letzten Sommer seine eigenen Maßnahmen beschlossen. Wir berichteten ausführlich darüber. Nach der Abgabe prüfte die Koordinierungsstelle Kommunales Investitionsprogramm des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft die Eingaben und bestätigte diese zuletzt am 25.10.2016 als Investitionsplan. In der Folge haben sich aus verschiedensten Gründen bei einigen Städten und Gemeinden sowie beim Landkreis Änderungen der Maßnahmen, der Baukosten bzw. der Zuwendungshöhe ergeben. Zwei Maßnahmen wurden gestrichen, da sie den jeweiligen speziellen Fachförderlinien nicht entsprachen. Diese Änderungen wurden nun beschlossen.

Als Hinweis ist noch zu sagen. Das Paket ist eigentlich eine „Mogelpackung“ unseres Freistaates und dient wohl zur Besänftigung der Bürger vor der anstehenden Bundestagswahl. Die Fachförderungen des Freistaates sind in einem größeren Rahmen rückläufig, als Mittel innerhalb des Paketes

zur Verfügung gestellt wurden.

**Kreisergänzungsbibliothek Übertragung der Aufgaben vom Landkreis direkt an die Mittelsächsische Kultur gGmbH**

Die Kreisergänzungsbibliothek ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen kulturellen Infrastruktur unseres Landkreises. Sie ist als Medienversorgungszentrum sozusagen eine Bibliothek für Bibliotheken. Damit leistet sie besonders im ländlichen Raum ihren Beitrag zur flächendeckenden Versorgung. Auch berät sie kommunale Verwaltungen in Fragen der Bibliotheksarbeit. Wir denken, dass sich unser Landkreis mit dieser Einrichtung und deren Struktur eine gute Grundlage geschaffen hat um unseren Bürgern einen guten bibliothekarischen Service zur Verfügung zu stellen.

**Neufassung der Bekanntmachungssatzung des Landkreises Mittelsachsen**

Für alles gibt es gesetzliche Vorschriften und somit auch für die Regelung in welcher Form öffentliche Belange bekannt gemacht werden müssen. Das entsprechende Gesetz (Sächsisches E-Government-Gesetz) gibt es seit dem Jahr 2014. Für die Publikationsverpflichtung in amtlichen



**Die beiden romanischen Glanzlichter des Freiberger Doms St. Marien neben der barocken Silbermann-Orgel (siehe unser Titelbild): Die Goldene Pforte (um 1230) und die Triumphkreuzgruppe (um 1225)**

Mitteilungsblättern gibt es vier Varianten. Unser Fraktionsvorsitzender hat in der Diskussion kritisiert, dass sich die Verwaltung die herausgesucht hat, wo die Veröffentlichungen ausschließlich durch eine elektronische Ausgabe erfolgen. Kurz gesagt: es reicht eine Bekanntmachung auf der Internetseite. Damit ist unsere Fraktion mehrheitlich nicht einverstanden. Zugegeben: Es gibt auch Meinungen, die das Einsparpotential und die zeitgemäße Form bevorzugen. Aber die Mehrheit der Fraktion denkt hier anders. Wir wollen, dass die Bürger weiterhin auch durch in gedruckter Form informiert werden. Denn: wenn sich der Bürger nur über das Internet informieren soll, so ist er in der Pflicht ständig aktiv nach Informationen zu suchen. Das wird nicht geschehen. Zudem müssen wir auch an unsere älteren Bürger denken. Die haben oftmals kein Internet, weil sie eben in einer Internetfreien Zeit gearbeitet haben und sich im gehobenen Alter auch nicht mehr mit den elektronischen Medien und der Computertechnik anfreunden können oder wollen. Auch werden hier die Kosteneinsparungen beim Landratsamt einfach auf die Bürger übertragen. Wer sich informieren will, muss entsprechend dafür aufkommen. Auch der Hinweis, das sich jeder Bürger die Veröffentlichung in den Landratsämtern ausdrucken lassen kann ist eigentlich lachhaft. Wer fährt schon in unserem großen Landkreis

extra dafür zu einen Verwaltungsstandort. Es ist ein Versuch der Landkreisverwaltung hier weiter die Demokratie zu untergraben. Damit sind wir nicht einverstanden. Deshalb gab es auch aus unserer Fraktion keine Zustimmung zur Vorlage. Trotzdem wurde die Vorlage mit 15 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen beschlossen.

**Struktur des Landratsamtes**

In der Presse wird in dieser Frage von einer „Verschlankung“ der Verwaltung gesprochen. So richtig sehen wir dies jedoch nicht. Der Geschäftsbereich Finanzen, Verwaltung, Ordnung soll aufgelöst und die Aufgaben an die beiden Geschäftskreise Kreisentwicklung, Umwelt und Technik sowie Soziales und Gesundheit übertragen werden. Zudem soll ein Teil der Aufgaben dem Landrat direkt zugeordnet werden. Damit wird aber nur die Struktur der Jahre bis 2008 wieder hergestellt. Es ist richtig, dass Strukturanpassungen in Verwaltungseinheiten ein dauerwährender Prozess sind. Das ergibt sich auch aus Aufgabenübertragungen vom Land an die Landkreise etc. Was uns hier fehlt, ist natürlich ein Personalentwicklungskonzept. Zwar gibt es ein Personalmanagementkonzept; aber dieses geht nicht in die Tiefe und bietet kaum Konkretes.

So lange der jetzige Landrat noch Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion war, hat er immer eine Verschlankung der Verwaltung gefordert. Jetzt brüstet man sich damit, das in den letzten acht Jahren 234 Stellen abgebaut wurden. Das ist aber nicht korrekt, weil hier die Ausgliederung an das Jobcenter dabei ist. Im Personalmanagementkonzept von 2015 wurde für den Stichtag 30. Juni 2014 ein Ist-Personalbestand von 1.280,5 VzÄ genannt. Heute sind wir bei 1.475 VzÄ! Wo bitte ist hier eine Einsparung? Hier hat der Landrat in seiner Zeit als Fraktionschef nur Polemik gemacht. Passiert ist - seit er Landrat ist - nichts. Seit der Kreisgebietsreform im Jahr 2008 hat unsere Fraktion immer ein Personalentwicklungskonzept gefordert. Nur so kann die Wirtschaftlichkeit unseres Landkreises gesichert werden. Statt dessen gab es immer mal eine Erhöhung der Kreisumlage. An der Höhe der Personalkosten hat sich kaum etwas geändert.

Es gab eine Intervention unseres Fraktionsvorsitzenden, Gottfried Jubelt, hinsichtlich einer vorherigen Stellungnahme von verschiedenen Fraktionen in der Presse. Das entspricht nicht der Geschäftsordnung des Kreistages. Wenn unsere Fraktion das gemacht hätte, so wären wir angezählt worden. Der Landrat räumte hierzu ein: „Natürlich darf jeder Kreisrat sich im Vorfeld der Sitzungen mit Sachkundigen und Bürgern über die Vorlagen austauschen.“ Wir forderten daraufhin, das dies in der Beschlussniederschrift festgehalten wird.

Da in der Vorlage wieder keinerlei Aussagen zu Einsparungen gemacht werden, glauben wir, dass es sich wieder nur um heiße Luft handelt. Laut Beschlussstext erklärte der Kreistag sein Einvernehmen mit der künftigen Neuordnung. Dies erfolgte auch ohne die Stimmen unserer Fraktion. Die CDU-RBV-Fraktion hat ja schon im Vorfeld über die Presse ihre mehrheitliche Zusage mitgeteilt. Gegen die hier genannte Geschäftsordnung des Kreistages hat unsere Fraktion nun Klage eingereicht. Grund ist genau dieser Passus, demzufolge alle Vorlagen, auch zu öffentlichen Sitzungen bis zur Sitzung der Geheimhaltung unterliegen. Die Klage wurde durch MdL André Schollbach eingereicht.

Unter dem **TOP – Anfragen der Kreisräte** - hat G. Jubelt die Forderung des Leiters der Stabsstelle Asyl, dass zur Verlängerung der Aufenthaltstitel für Flüchtlinge diese einen gültigen Reisepass vorlegen sollen, scharf kritisiert.

Dabei hatte Herr Steinert, Leiter der Stabsstelle, schriftlich erklärt, das für den Aufenthalt im Bundesgebiet die Passpflicht auch durch den Besitz eines Ausweisersatzes erfüllt wird! Andererseits behauptet Herr Steinert, das es für die Flüchtlinge von großer Bedeutung sei, wieder international anerkannte Dokumente ( Reisepass) zu erhalten, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Da sich diese und andere Aussagen diametral widersprechen, wurden die Erklärungen des Herrn Steinert von uns nicht akzeptiert Wir bleiben an der Sache dran.

Sachsen als Region Europas in Brüssel in der Diskussion



Die Europaabgeordnete der Linken Dr. Cornelia Ernst (1.R.2.v.r) empfing die Mitglieder des Europaausschusses des Sächsischen Landtages zum Arbeitsfrühstück. Die Linksfraktion wurde vertreten durch Dr. Jana Pinka (1.v.r.), Verena Meiwald (3.v.r) und Enrico Stange (hintere Reihe, mitte).

von **KERSTIN UFER**  
 Bereits zum zweiten Mal war Dr. Jana Pinka in diesem Jahr für mehrere Tage in der Diskussion um die Perspektiven der Europäischen Union in Brüssel. Der Dienstreise mit dem Präsidium des Sächsischen Landtages im März folgte nun eine detaillierte Befassung des Europaausschusses mit Einzelthemen. Dazu gehörten unter anderem der Datenschutz, die innere Sicherheit, innere und äußere Handelsbeziehungen, Innovation und Technologiepolitik. Jana Pinka: „Die Zukunft der Europäi-

schen Union ist nach Brexit, der Migrationsproblematik sowie dem Agieren von Donald Trump stark in der Diskussion. Es gibt nationalistische Tendenzen, aber auch junge proeuropäische Bewegungen - es ist eine spannende Zeit. Deshalb waren für mich alle Anregungen, die sich mit der notwendigen sozialen Dimension befassten, die wichtigsten. Menschen dürfen sich nicht als Verlierer der europäischen Kohäsion empfinden. Ich glaube, unsere Aufgabe als sächsische PolitikerInnen muss es sein, Möglichkeiten der Beteiligung an europäischer Gestaltung öffentlicher zu diskutieren.“

„Gute Jobs in Mittelsachsen“ – MdB Sabine Zimmermann zu Gast in Freiberg



Gleich zwei Termine hatte sich die sächsische Bundestagsabgeordnete **SABINE ZIMMERMANN** (LINKE) für ihren Besuch in Freiberg am 6. Juni 2017 fest in den Kalender geschrieben: Zunächst besuchte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN-Bundestagsfraktion gemeinsam MdL **DR. JANA PINKA** die IHK Regionalkammer Mittelsachsen. Im Gespräch mit Hauptgeschäftsführer **HANS-JOACHIM WUNDERLICH** sowie Projektmitarbeiterin **SUSANNE SCHWANITZ** und der Sachgebietsverantwortlichen **NICOLE PINKERT** (von links) ging es unter anderem um die Themen Fachkräftemangel sowie Aus- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen im Landkreis Mittelsachsen. Am Abend hatten MdB Sabine Zimmermann und Dr. Jana Pinka zu einem öffentlichen Fachgespräch in den Freiburger Brauhaus eingeladen. Auch hier waren der Fachkräftemangel auf der einen Seite und Langzeitarbeitslosigkeit bzw. prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf der anderen Seite zentrale Themen der sehr sachlichen und offenen Diskussion. Angesprochen wurden zudem die Vorteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich gewerkschaftlich zu organisieren oder sich in Betriebsräten für die Belange der Kolleginnen und Kollegen stark zu machen. (ku)



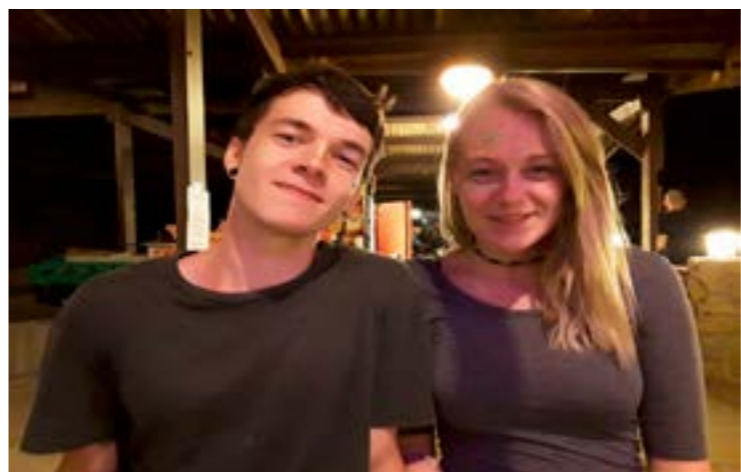
Falk Neubert „über“ seinem wichtigsten Arbeitsplatz, dem Plenarsaal des sächsischen Landtages. Falk Neubert ist medienpolitischer Sprecher und Sprecher für Hochschul- und Wissenschaftspolitik in der Fraktion der LINKEN im sächsischen Landtag.

von **SABINE PESTER**  
 Die letzten Jahre haben ganz praktisch gezeigt, dass es einer Novellierung des Hochschulfreiheitsgesetzes mehr als dringend bedarf. Die Landtagsfraktion hat sich in Person von Falk Neubert mit seiner Mitarbeiterin Adelheid Noack sowie Experten aus der Hochschulpolitik dieses Problems angenommen und ein eigenes Hochschulselbstverwaltungsgesetz vorgelegt. Ziel ist es mit dem Gesetz den sächsischen Hochschulen Vertrauen und wirkliche Autonomie zuteilwerden zu lassen.

Die Landtagsfraktion der LINKEN will mit dem Gesetz die Rahmenbedingungen für solidarische und fortschrittliche, demokratische und offene Hochschulen ins Sachsen schaffen. Die erste Lesung des Gesetzes fand in der Mai-Sitzung des Sächsischen Landtages statt, wo es aber noch zu keiner Abstimmung gekommen ist, sondern der Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule überwiesen wurde. Falk Neubert und der Fraktion ist bewusst, dass das Gesetz keine Mehrheit finden wird, aber es hat eine lange überfällige Diskussion angestoßen. Und dass ist es allemal wert.

von unserer jugend

Zur Beratung des Kreisvorstands am 12. Juni informierten die Kreisvorstandsmitglieder Robert Sobolewski und David Rausch über Aktivitäten vor allem aus Freiberg und dem nördlichen Kreisgebiet, die Arbeit der linken Jugend im Landkreis Mittelsachsen wieder zu aktivieren. Vor allem der in Freiberg entstandene Kern wolle neue Akzente setzen. Im Bereich Rochlitz/Geringswalde/Leisnig/RobWein stehe ein „Generationenwechsel“ an, da die langjährig Aktivsten dem Jugendalter entwachsen seien. Wir freuen uns über diese Entwicklung und hoffen, dass wir nach halbjähriger Pause auch den Gedanken der „Jugendseite“ wieder mit Leben erfüllen können - vielleicht schon in unserer Juli-Ausgabe.



Lea und Laurin aus Döbeln wollen bei der Aktivierung linker Jugendarbeit im Norden unseres Landkreises aktiv mitwirken.

Doksy statt Deutschland



**KLAUS LEDERER** (Kultursenator in Berlin und regelmäßiger Teilnehmer des seit 19 Jahren stattfindenden Pfingstcamps der Linksjugend Sachsen) kochte gemeinsam mit 40 Workshopteilnehmenden eine „Senastrone“. Dabei wurde viel über Berlin, regieren, R2G, Volksbühne aber auch privates geredet. Moderiert von unserem Wahlkampfchef **LARS KLEBA**. Seit einigen Jahren findet das Pfingstcamp in Doksy in Böhmen statt.



**LARS KLEBA** moderierte für das Kommunalpolitische Forum Sachsens zusammen mit **ROBERT SOBOLEWSKI**, Gemeinderat in Geringswalde, einen Workshop unter dem Motto: „Von Abwasser bis Antifa - Lust auf Stadtrat“.

unser blick geht zehn jahre zurück die „linksworte“ im juni 2007

Vor genau zehn Jahren - am 16. Juni 2007 - vereinigte sich die Linkspartei mit der WASG und gründete eine neue Partei. In Sachsen waren parallel dazu die Weichen für eine „Verwaltungs- Funktional- und Kreisgebietsreform“ gestellt. Mit weitreichenden Konsequenzen für die Struktur der Kreisverbände. Die erste Vorbereitung darauf begann mit der Beratung einer Koordinierungsgruppe (gebildete aus Genossinnen und Genossen der drei Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida sowie der WASG) am 23. November 2006 Diese Gruppe setzte ihre Arbeit bis Oktober 2007 - bis zur Gründung des Regionalverband - fort. In einer kleinen Serie lassen wir die aktuellen Entwicklungen vor zehn Jahren und ihre Widerspiegelung in den damaligen „Freiberger LinksWorten“ Revue passieren. Heute die Juni-Ausgabe von 2007.

Auf unserer Titelseite vom Juni 2007 spiegelt es sich wieder: Linkspartei.PDS und WASG hatten ihre Urabstimmung zur Verschmelzung erfolgreich abgeschlossen und der Gründungsparteitag der neu-

für den ersten Landesparteitag der neuen Partei Mitte Juli in Chemnitz gewählt. Die Arbeit in der Koordinierungsgruppe war nicht einfach, wovon auch eine Glosse kündigt, welche im



en Partei stand unmittelbar bevor. Unsere Zeitung erschien am Vortag des letzten Kreisparteitages des Freiburger Kreisverbandes in Flöha. Auf diesem Kreisparteitag wurde eine Erklärung zu 14 Jahren Kreisverband Freiberg und der für den Herbst 2007 anstehenden Bildung eines Regional- und späteren Kreisverbands aus den bisherigen Kreisverbänden Döbeln, Freiberg und Mittweida verabschiedet. Darüber hinaus wurden die Delegierten

Juni erschien. Das Kernproblem dabei war, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen zur Kreisgebietsreform und damit auch dazu gab, ob die künftige Struktur der LINKEN in vorseilendem Gehorsam den Vorstellungen der sächsischen Staatsregierung folgen müsse. Mit den vom Landesparteitag in Chemnitz gestellten Weichen stellten sich die neuen Regionalverbände auf die im August 2008 vollzogenen Kreisgebietsreform ein.

die zukunft der arbeit

VON ACHIM GRUNKE

Verschwindet mit der seit dem neuen Jahrtausend begonnenen vierten industriellen Revolution allmählich die Arbeit, lautet eine seit Jahren debattierte Frage. Alle bisherigen industriellen Revolutionen haben zur Freisetzung von Arbeitskräften geführt: in der ersten industriellen Revolution im 19. Jahrhundert durch die Anwendung von Kohle und Dampfkraft, in der zweiten industriellen Revolution beginnend Ende des 19. Jahrhunderts durch Elektrizität, Verbrennungsmotor und Fließband, in der dritten industriellen Revolution beginnend in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts durch Computer und Informationstechnologien. Während die bei den drei ersten industriellen Revolutionen durch den technischen Fortschritt freigesetzten Arbeitskräfte durch neu entstehende Arbeitsplätze in anderen Sektoren weitgehend aufgefangen werden konnten, scheint das bei der vierten industriellen Revolution, der umfassenden „digitalen Revolution“ fraglich zu sein. Schon bei der dritten industriellen Revolution funktionierte das nur noch eingeschränkt. Zwar entstanden im Dienstleistungssektor neue Arbeitsplätze, doch konnten dort die in der Industrie freigesetzten Arbeitsplätze nicht gänzlich kompensiert werden, denn seit Mitte der 70er Jahre musste in den westlichen Industrieländern eine anhaltend hohe strukturelle Arbeitslosigkeit registriert werden.

hat ein lebhaftes Interesse daran, daß der Mann sich gut ernährt, Muße zum Nachdenken hat, zufrieden und guter Laune ist.“ Und mitten in der Weltwirtschaftskrise sah 1930 der britische Ökonom John Maynard Keynes (1883-1946) eine Zeit kommen, in der die Gesellschaft „von einer neuen Krankheit befallen“ werde, der technologischen Arbeitslosigkeit: „Das bedeutet Arbeitslosigkeit, weil unsere Entdeckung von Mitteln zur Ersparung von Arbeit schneller voranschreitet als unsere Fähigkeit, neue Verwendung für die Arbeit zu finden.“ Die Philosophin Hannah Arendt sah schon

technologisch Notwendige und die Organisationskapazität verfügen, um Waren und Grunddienstleistungen für eine wachsende menschliche Bevölkerung mit einem Bruchteil der heute beschäftigten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Vielleicht werden nur noch 5 Prozent der erwachsenen Bevölkerung nötig sein, um im Jahr 2050 die traditionellen Industrien zu managen und am Laufen zu halten.“ Die US-Ökonomen Frey und Osborne kommen in ihrer Studie zu dem Schluss, dass in den kommenden zwei Jahrzehnten jeder zweite Job in den USA ersetzbar ist. Nach einer Studie der Universität Oxford könnten bis 2030 könnten rund 47

Phasen des lebenslangen Lernens und der Beschäftigungslosigkeit,... diese Phasen ohne Beschäftigung mit einer Arbeit zu verbringen, die dem einzelnen Spaß macht und für die Gesellschaft sinnvoll ist. Das wäre allemal vernünftiger, als bloß die Arbeitslosigkeit finanziell abzufedern.“

Folgerungen

Während einige meinen, die „digitale Revolution“ bringe den Kapitalismus an seine Grenzen, stehen dem optimistische Einschätzungen gegenüber, die davon ausgehen, dass der Verlust an Arbeitsplätzen in anderen Bereichen vollständig oder weitgehend aufgefangen werden kann. Dem wird wiederum kritisch entgegengehalten, wenn hier das Arbeitsrecht nicht Einhalt gebiete, werden zukünftig mehr Beschäftigte in die Selbständigkeit abgedrängt, gezwungen zur Selbstausbeutung. Außerdem werde es noch mehr Leiharbeiter und mehr Beschäftigte im Niedriglohsektor geben. Nach den vorliegenden Prognosen ist jedoch die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ein erheblicher Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung keine Beschäftigung in anderen Bereichen finden wird. Und hier stellt Ulrich Beck die Frage, wie sie ein sinnvolles Leben führen können, wenn sie keine Erwerbsarbeit finden. Für ihn wären Bürgerarbeit, öffentliche Arbeit, ein Grundeinkommen oder auch ein bedingungsloses Grundeinkommen denkbare Möglichkeiten. Sie würden „vor allem von der oft erniedrigenden, entwürdigenden Willkür“ der Job-Center befreien, „die den Hartz-IV-Empfänger zum zehnten Mal zu einer Fortbildung schicken, bei der man lernt, wie man sich richtig bewirbt... Das Hartz-Konzept ist rückwärtsgewandt: Es erweitert die Arbeitskontrolle um des sinnwidrigen Ziels der Vollbeschäftigung willen. Und damit verhindert es eine weitere Schlüsselfrage: Wie kriegen wir ein System hin, bei dem die ungeheuren Möglichkeiten der Automation und der Kreativkräfte der Menschen ihren Nutzen entfalten?“ Um Bürgergeld oder Grundeinkommen zu finanzieren, müssten zuerst die finanziellen Mittel eingesetzt werden, die heute ohnehin schon für die Arbeitslosen ausgegeben werden, aber eigentlich bloß zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit vergeudet würden. Eine weitere Möglichkeit wäre die Einführung einer Maschinen- oder Robotersteuer, bei der der Gewinn aus dem Einsatz von digitaler Technik und Robotern, die ja lebendige Arbeit ersetzen, besteuert wird. Zudem bedürfte es einer grundlegenden Umgestaltung des ggw. Steuersystems, u.a. der Einführung einer Vermögenssteuer und der Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Ebenso müsste auch wieder das Thema Arbeitszeitverkürzung auf die Agenda gesetzt werden.



ADOLPH VON MENZEL Eisenwalzwerk (Ausschnitt) fertiggestellt 1875 Ein eindrucksvolles Bild der Arbeitswelt zu Beginn der Industrialisierung

1958 die als „bedrohliches Ereignis... noch in ihren Anfangsstadien begriffene Ausbreitung der Automation. Wir wissen bereits, ohne es uns doch recht vorstellen zu können, daß die Fabriken sich in wenigen Jahren geleert haben werden... So mag es scheinen, als würde hier durch den technischen Fortschritt nur das verwirklicht, wovon alle Generationen des Menschengeschlechts nur träumten, ohne es jedoch leisten zu können. Aber dieser Schein trügt. Die Neuzeit hat im siebzehnten Jahrhundert damit begonnen, theoretisch die Arbeit zu verherrlichen, und sie hat zu Beginn unseres Jahrhunderts damit geendet, die Gesellschaft im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft zu verwandeln... Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“ Es dürfte kein Zufall sein, dass zwei Bestsellertitel 2016 zu einer Neuauflage kamen: das 1995 erstmals erschienene Buch des US-amerikanischen Wissenschaftlers Jeremy Rifkin (\*1945) „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ und das 2007 erschienene Buch des weltweit bekannten Soziologen Ulrich Beck (1944-2015), „Schöne neue Arbeitswelt“. Rifkin schreibt: „In den mittleren Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts wird die kommerzielle Sphäre über alles

Prozent aller Arbeitsplätze in den USA der Automatisierung zum Opfer fallen. Während etwa Sozialarbeiter oder Handwerker weniger gefährdet sind, ist das Risiko, ersetzt zu werden, für Beschäftigte in den Bereichen Finanzen, Verwaltung, Logistik, Spedition und vor allem Produktion enorm hoch. Für Deutschland gibt es ähnliche Prognosen. Wie eine Studie von Volkswirten der ING-DiBa-Bank verrät, sollen 59 Prozent aller Arbeitsplätze gefährdet sein; dabei könnten von den rund 31 Millionen sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigten hierzulande 18 Millionen von Robotern und Software ersetzt werden. Der Soziologe Ulrich Beck spricht davon, dass die traditionelle Arbeitsgesellschaft ihrem Ende entgegengeht. „Vollbeschäftigung“ hält er für eine „illusionäre“ und „ziemlich abgewirtschaftete“ Utopie. Da bezahlte Erwerbsarbeit in Zukunft für einen erheblichen Teil der Arbeitsfähigen nicht mehr zur Verfügung stehe, müsse öffentliche Arbeit als Ergänzung, nicht als Ersatz, für Erwerbsarbeit gesellschaftlich anerkannt und ökonomisch gefördert werden. Denn Arbeit gäbe es genug, allein in den Bereichen Bildung, Erziehung, Kultur, Umwelt. Zudem hält Beck eine Neudefinition des Arbeitsbegriffs für notwendig: „Wenn wir das Arbeitsleben der Zukunft so definieren, daß in ihm Phasen der Erwerbsarbeit abwechseln mit

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand tagte am 22. Mai und am 12. Juni in den Bürgerbüros Döbeln bzw. Mittweida. Am 1. Juni traf sich der kreisliche Wahlstab in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg. Im Mittelpunkt der drei Veranstaltungen stand die Vorbereitung der Bundestagswahlen. Wir informieren an dieser Stelle kurz über die wichtigsten Ergebnisse, ausführlicher wird darauf in unseren „Wahlseiten“ zur Vorbereitung auf die Bundestagswahlen eingegangen:

- Am 22. Mai ging es um die Auswertung des Landesparteitages und die Landesvertreterinnenversammlung (wir informierten bereits in unserer Mai-Ausgabe). Mit Bedauern wurde festgestellt, dass Jörn Wunderlich es nicht auf die Landesliste geschafft hat und deshalb nur über das Direktmandat in seinem Wahlkreis den Bundestag einziehen kann. Eine scheinbar unlösbare Aufgabe. Dennoch wollen die Genossinnen und Genossen aus Rochlitz, Burgstädt, Penig und Umgebung um Erst- und Zweitstimmen für Jörn und DIE LINKE kämpfen.
- Der Kreisvorstand verständigte sich am 22. Mai auch zu den Konsequenzen aus den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Das knappe Scheitern der LINKEN in Nordrhein-Westfalen wurde bedauert.
- Zum Kreisvorstand am 12. Juni berichtete Jana Pinka - nach der Neuwahl der Fraktions Spitze leider nicht mehr stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag - über die bisherigen Ergebnisse der von ihr geleiteten Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines „alternativen Landesentwicklungsprogramms Aleksa 2030“ der LINKEN. Es soll Bestandteil des Landtagswahlkampfes 2019 werden und in das Wahlprogramm einfließen. Es wurde eine erste Verständigung dazu geführt, ob Aleksa auch Grundlage für ein kreisliches Entwicklungsprogramm der LINKEN bilden kann. Marika Tändler-Walenta und Falk Neubert nahmen eine erste Auswertung des am Tag zuvor zu Ende gegangenen Landesparteitags vor. Sie verwiesen auf die hohen Anforderungen an die Antragskommission und die Mitglieder des Bundesvorstands bei der Bewältigung der Antragsflut, in der sie involviert waren.
- Der kreisliche Wahlleiter Lars Kleba informierte über die Ergebnisse der Beratung des Wahlstabs vom 1. Juni. Heidi Eler, David Rausch und Robert Sobolewski als Vertreter des Bundestagswahlkreises 163 in Mittelsachsen informierten über ihre Vorstellungen, wie der Bundestagswahlkampf für Jörn Wunderlich über das bisher geplante Maß hinaus aktiviert werden kann. Das setzt aber Abstimmungen mit den Kreisverbänden Zwiczkau und Erzgebirge voraus (über diese drei Landkreise reicht der Bundestagswahlkreis). Weitere Abstimmungen dazu werden im Wahlstab am 29. Juni getroffen. Die nächste Beratung des Kreisvorstands ist für den 14. August terminiert. Dann wird es vor allem um die „heiße Phase“ des Bundestagswahlkampfes gehen.

unsere jubilare

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !



im juli 2017 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

HEINZ BIRKNER	geb. am	03.07.1932,	in	Döbeln
HEINZ ZIMMERMANN	geb. am	04.07.1922,	in	Leisnig
HANS-JÜRGEN GÜCKEL	geb. am	05.07.1952,	in	Hartha
LOTHAR ANKE	geb. am	06.07.1923,	in	Augustusburg
HANS-SIEGFRIED SCHUBERT	geb. am	09.07.1933,	in	Rochlitz
REINHARD KLUGE	geb. am	11.07.1933,	in	Rechenberg-Bienenm.
WERNER KUHNERT	geb. am	12.07.1925,	in	Waldheim
HANS MÄTHE	geb. am	12.07.1935,	in	Niederwiesa
HELFRIED WITTIG	geb. am	13.07.1936,	in	Döbeln
FRANK RICHTER	geb. am	14.07.1947,	in	Frankenberg/Sa.
ANNEMARIE STRAUSS	geb. am	14.07.1935,	in	Flöha
EDELTRAUD SILBERMANN	geb. am	15.07.1935,	in	Erlau
CHARLOTTE ANDERS	geb. am	18.07.1935,	in	Großhartmannsdorf
WOLFGANG GEIER	geb. am	21.07.1932,	in	Mittweida
ARMIN KRUMBIEGEL	geb. am	24.07.1933,	in	Döbeln
ANNELIES ANKER	geb. am	25.07.1932,	in	Mittweida
VOLKER TRÄGER	geb. am	26.07.1936,	in	Freiberg
FRITZ LINDNER	geb. am	26.07.1926,	in	Roßwein
HEINZ KLEINSTÜCK	geb. am	29.07.1926,	in	Flöha

jahrestage im juli 2017

- 05.07. 1857:** Clara Zetkin, die spätere Herausgeberin der Frauenzeitung „Gleichheit“ in Weiderrau (Mittelsachsen) geboren.
- 08.07. 1867:** Käthe Kollwitz (Grafikerin und Bildhauerin) in Königsberg geboren.
- Juli 1937:** Mit entsprechenden NKWD-Befehlen wird in der UdSSR die systematische Repressionswelle gegen deutsche und polnische Staatsangehörige sowie vermeintlich sowjetfeindliche Elemente eingeleitet.
- 17.07. 1942:** Beginn der Schlacht um Stalingrad (bis 2. Februar 1943).
- 06. - 11.07. 1957:** Erste Konferenz von Kernphysikern und Wissenschaftlern in Pugwash in Kanada. Die Pugwash-Konferenzen wenden sich gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges und finden jährlich statt.
- 01.07. 1967:** Die EWG, EURATOM und EGKS fusionieren zur Europäischen Gemeinschaft.
- 12.07. 1967:** Otto Nagel (Maler, Präsident der Akademie der Künste in der DDR) verstorben.
- 30.07. 1977:** Jürgen Ponto, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, wird von einer Nachfolgeorganisation der RAF ermordet.
- 08.07. 1997:** NATO-Gipfel in Madrid leitet die Osterweiterung des Militärbündnisses ein.
- 28.07. 1997:** Beginn der Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Havanna (Kuba) mit ca. 12.000 Teilnehmern aus 120 Staaten.

die linke mit „runderneuertem“ internetauftritt

Zehn Jahre nach dem ersten Start und vier Jahre nach einem gründlichen „Facelifting“ hat DIE LINKE - pünktlich zum Start des Online-Wahlkampfes - einen komplett neuen Internetauftritt. Die Seiten sind nun für die Nutzer\_innen von Tablets und Smartphone genauso zugänglich wie für die Nutzer\_innen „richtiger“ Computer. Beim Relaunch hat sich das Online-Team drei redaktionelle Ziele gesetzt:

1. Themen nach vorne: Verschlankung der Navigation auf fünf Hauptpunkte.
2. Zum Aktiv-Werden motivieren: Neben einem eigenen Hauptpunkt „Mitmachen“ gibt es auf der Startseite und auf vielen anderen Seiten direkte Aufforderungen, aktiv zu werden.
3. Zentrales Aktivierungs- und Themenelement oben auf der Startseite.

## terminübersicht

### juni 2017

- 29.06. 14 Uhr Sitzung des kreislichen Wahlstabs  
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34
- 24.06. 10 Uhr Wahlkampfschulung für die Kreisverbände Mittel-, Nord- und Westsachsen  
Oschatz, E-Werk, Lichtstraße 1

### juli 2017

- 05.07. 10 Uhr Festakt zum 160. Geburtstag von Clara Zetkin  
Königshain-Wiederau Zetkin-Gedenkstätte Alte Schule
- 05.07. 18 Uhr Veranstaltung mit MdB **ANDRÉ HAHN** zum Thema „Geheimdienste außer Kontrolle“  
Freiberg, Siedlerweg 1

### vorschau

- 01.08. 18 Uhr Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden zur Führung der Wahlkampagne der LINKEN.  
Siebenlehn, Hotel Schwarzes Ross.



**Geheimdienste außer Kontrolle**  
Wer überwacht eigentlich die Überwacher?

5. Juli 2017, 18.00 Uhr  
Konferenzraum der Wohnungsgenossenschaft Freiberg e.G.,  
Siedlerweg 1

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Mittelsachsen



Nach dem Auftakt am 31. Mai in Leisnig (siehe Seite -3-) machte die Kochtour mit dem Direktkandidaten im Bundestagswahlkreis 161 (Mittelsachsen), **FALK NEUBERT**, am 14. Juni Station in Döbeln. Nach dem Bundesparteitag war Falk Neubert mit den aktuellsten Fakten aus dem Bundestagswahlprogramm ausgerüstet und brachte diese neben seinen Speisen „an die Leute“.

Seit Beginn der NSA-Affäre vor mehr als drei Jahren kommt auch der Bundesnachrichtendienst (BND) nicht aus den Schlagzeilen. **DR. ANDRÉ HAHN** (Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums für die Nachrichtendienste des Bundes) gibt Einblicke in seine Arbeit in diesem Gremium sowie im NSA-/BND-Untersuchungsausschuss und steht für Fragen zur Verfügung.



Am 08.06.2017 verstarb im Alter von 80 Jahren mit

### SIEGFRIED FUCHS

einer der schwer ersetzbaren Genossen unseres Ortsverbandes. Siegfried Fuchs übernahm nach dem Tod von seinen Vorgänger Siegfried Fiedler den Staffelposten des Basisgruppenvorsitzenden in Niederwiesa. Dieses nicht leichte Erbe seines im Ort hoch geschätzten Genossen führte er mit Energie, Konsequenz und Leidenschaft

fort. Niederwiesa zählte deshalb zu den Gemeinden des Ortsverbandes, in denen regelmäßig gut vorbereitete, anspruchsvolle Mitgliederversammlungen stattfanden. Auch angesichts seiner schweren Krankheit war er weiter bestrebt, so viel wie möglich selbst zu erledigen, aber auch den Staffelposten geordnet weiter zu geben. Siegfried hinterlässt im Ortsverband der Region Flöha, in Niederwiesa aber vor allen auch in unseren Herzen eine tiefe Lücke. Neben der Trauer begleitet uns aber die Dankbarkeit für die vielen Jahre gemeinsamen Kampfes für eine bessere Welt. Wir haben Siegfried einen treuen Genossen, verlässlichen Menschen und Freund verloren.

**HANS-JÜRGEN KÜHN** im Namen des Ortsverbandes Flöha

